

Rot-Grün will neue Tourismusabgabe, um Marketing zu stärken

Mehrheitsgruppe möchte Verhütungsfonds für sozialschwache Familien fortsetzen und mehr Geld für Kinderspielplätze ausgeben

VON RAINER BREDÄ

HILDESHEIM. Besucher des Rathauses sollen mit einem Gastzugang das WLAN-Netz der Stadt nutzen können: Dafür macht sich die rot-grüne Mehrheitsgruppe in einem Antrag für den Doppelhaushalt 2016/2017 stark. Geld müsste in der EDV-Abteilung vorhanden sein, meint Stephan Lenz, der finanzpolitische Sprecher der SPD – schließlich wolle die Verwaltung deren Ansatz stark erhöhen. Flächendeckendes WLAN in der Stadt werde es dagegen wohl bis auf weiteres aus Kostengründen nicht geben.

Insgesamt wollen Grüne und Sozialdemokraten 35 zusätzliche Wünsche im Etat unterbringen, den der Rat am 15. Februar verabschiedet. Sämtliche Anträge seien gegenfinanziert, betont Volker Spieth, finanzpolitischer Sprecher der Grünen – tatsächlich kommt unterm Strich jeweils eine Ersparnis heraus: 110 00 Euro für 2016, 140 000 Euro für 2017 – was angesichts des Gesamtvolumens von 300 Millionen Euro kaum ins

Gewicht fällt. Die Mehrheitsgruppe macht sich zudem für ein städtisches Programm stark, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Auszüge aus dem rot-grünen Wunschzettel:

■ **Tourismusabgabe:** Sobald das Land dafür die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen hat, soll die Stadtverwaltung ein Konzept entwickeln, um die Abgabe in Hildesheim einzuführen – sozusagen als Ersatz der Bettensteuer, die der Rat aus juristischen Gründen wieder abschaffen musste. Zahlen müssten vermutlich alle, die vom Tourismus profitieren, die Erträge sollen vor allem Hildesheim Marketing zugute kommen.

■ **Grundschule Nord:** Die geplante Erweiterung sei unstrittig, versichert Spieth: „Es geht nur um das Wie.“ Die Verwaltung soll prüfen, ob nicht die Johannis-Grundschule in die Anne-Frank-Schule umziehen könne, damit gäbe es direkt neben der Grundschule Nord genug Raum zum Ausweichen. Die Verwaltung plant bislang einen Anbau.

■ **Hort-Mittagessen:** In dessen Genuss sollen auch künftig Kinder aus einkom-

menschschwachen Familien kommen. Stadt und Johannis-Hof-Stiftung sollen sich die Kosten von 35 000 Euro im Jahr teilen.

■ **Spielplätze:** Von diesem Jahr an sollen jeweils 8000 Euro mehr zur Verfügung stehen, um Spielgeräte zu ersetzen und neue zu kaufen.

■ **Nordstadt-Projekt Lebenshilfe:** Statt der von der Verwaltung vorgeschlagenen 100 000 Euro soll 2017 nur die Hälfte fließen, in diesem Jahr für das zweite Halbjahr entsprechend 25 000 Euro. „Wir minimieren das Risiko für die Stadt, sagen aber einen Zuschuss zu“, erklärt Spieth. Immerhin handele es sich um freiwillige Leistungen, ergänzt Lenz – und die seien bekanntlich gedeckelt.

■ **Fonds für Verhütungsmittel:** Für einkommensschwache Familien sollen auch 2017 5000 Euro als Zuschuss für Pille, Spirale & Co zur Verfügung stehen. „Das Angebot wird stark genutzt“, versichert Spieth mit Hinweis .

■ **Solidarbeitrag Sport:** Der Vertrag mit den Vereinen endet 2016, Rot-Grün will ihn um ein Jahr verlängern – dann soll

der neue Dezernent Malte Spitzer eine Nachfolgeregelung aushandeln. Die Klubs rechneten sicher damit, dass sie weiterzahlen müssten, meinen die Vertreter der Mehrheitsgruppe.

Mehreinnahmen erhoffen sich die Politiker bei den Parkplätzen. Weniger ausgeben wollen sie unter anderem bei

der Unterhaltung von Wegen in der Land- und Forstwirtschaft und bei der EDV-Hardware, weil sie diese nur noch alle sechs statt fünf Jahre ersetzen lassen wollen. Weil die Stadt auf den Umbau der Almstor-Kreuzung verzichtet, fallen weniger Kreditzinsen und Abschreibungen an, auch das bringt Luft.

Bei roten Zahlen droht kein Ärger mit Hannover

Die Vorgabe aus Hannover ist klar: Die Hildesheimer Haushaltspläne müssen bis 2023 ausgeglichen sein, die Einnahmen also die Ausgaben übersteigen – sonst verstößt die Stadt gegen den Entschuldungsvertrag, mit dem das Land ihr 75 Prozent der Kassenkredite abgenommen hat. Noch halten die Haushaltspläne für dieses und das nächste Jahr den Rahmen ein. Doch falls die Rückkehr zum Großstadt-Status, die nun amtlich ist, zum befürchteten Millionen-Ausfall bei den Schlüsselzuweisungen führt, weist der Etat rote Zahlen aus. Was eigentlich

Anlass für die Kommunalaufsicht wäre, ihn nicht zu genehmigen. Doch das müsse die Stadt nicht befürchten, hat Oberbürgermeister Ingo Meyer der rot-grünen Mehrheitsgruppe nach deren Angaben versichert. Die Aufseher würden sich in diesem Fall gnädig erweisen, da das Defizit nicht von der Stadt verschuldet sei, berichten die finanzpolitischen Sprecher von SPD und Grünen, Stephan Lenz und Volker Spieth. Beim Land ließ sich dies gestern nicht bestätigen, die Antwort auf eine Anfrage dazu steht noch aus. br